

13/SN-213/ME

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300035/20 - Hoch

Linz, am 12. Februar 1986

DVR.0069264

Gesetz, mit dem das Schulorgani-
sationsgesetz geändert wird
(9. Schulorganisationsgesetz-
Novelle)
Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Präs.	17. FEB. 1986
Verteilt	18. 2. 86 Keuz

Dr. Bauer

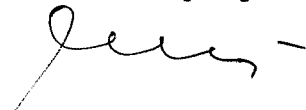
In der Beilagen werde 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport
versandten Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300035/20 - Hoch

Linz, am 12. Februar 1986

DVR.0069264

Gesetz, mit dem das Schulorgani-
sationsgesetz geändert wird
(9. Schulorganisationsgesetz-
Novelle)
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ. 12.690/78-III/2/85 vom 5. Dezember 1985

An das

Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Sport

(zweifach)

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl an den berufsbil-
denden Pflichtschulen von 33 auf 30 Schüler unter gleichzei-
tiger Verbesserung der Einrichtungsmöglichkeiten von Schü-
lergruppen für den leistungsdifferenzierten Unterricht grei-
fen wesentlich in die schulorganisatorischen Gegebenheiten
ein. Zuzufolge einer vom Landesschulrat für Oberösterreich an-
gestellten Erhebung über die schulorganisatorischen Auswir-
kungen der geplanten 9. Schulorganisationsgesetz-Novelle
würde diese in den 29 oberösterreichischen Berufsschulen
einen Klassenzuwachs von insgesamt 63 Klassen sowie von zu-
sätzlich 50 Schülergruppen innerhalb der nächsten drei Jahre
auslösen. Dieser Prognose liegt die Annahme eines ca.
3 %igen Schülerrückganges in diesem Zeitraum zugrunde.
Der durch die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl sich er-
gebende Klassenraummehrbedarf kann nach vorläufigen Schät-
zungen möglicherweise vorübergehend durch organisatorische
Maßnahmen bewältigt werden. Gleiches gilt aber nicht für
die Einrichtungen des leistungsdifferenzierten Unterrichtes.
Die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten der Abhaltung des

- 2 -

leistungsdifferenzierten Unterrichts würde bei allen Berufsschulen des Landes Erweiterungsbauten erforderlich machen.

Da durch den vorliegenden Gesetzentwurf Sachinvestitionen (z.B. neue Klassenräume und Gruppenräume) jedenfalls erforderlich sein werden, wird sich der Zweckaufwand des Landes wesentlich erhöhen. Der Bund hat daher mit den Ländern Verhandlungen gemäß § 5 letzter Satz FAG 1985, BGBl.Nr. 544/1984, zu führen. Da gemäß § 3 Abs. 1 Z. 2 FAG 1985 das Land auch die Hälfte der Besoldungskosten der Landeslehrer an berufsbildenden Pflichtschulen zu tragen hat, ergeben sich für das Land in zweifacher Hinsicht erhebliche Kostensteigerungen als unmittelbare Auswirkung der geplanten Novelle.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

F.d.R.d.A.:

